

Wossische



Zeitung

Begründet

1764

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660.

Frankreich und die Truppensendungen.

Der Oberste Rat soll entscheiden.

Paris, 27. Juli. (W. T. B.)

Die Agence Havas verbreitet eine Mitteilung, in der sie befreitet, daß die französische Regierung die Absicht habe, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen, für den Fall des Sturzes der Sowjetregierung, in Rußland einzugreifen. Die darauf bezüglichen Gerüchte hätten in London Glauben gefunden und zum großen Teil den Widerstand amtlicher englischer Kreise gegen die Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien hervorgerufen. Die französische Regierung werde dem britischen Auswärtigen Amt nochmals beweisen, daß jene Befürchtungen vollständig unbegründet seien. Die Mitteilung gibt sodann eine Darstellung der französischen Absichten, in der es heißt, Frankreich habe nur eine Sorge, nämlich die Sicherheit seiner Truppen, es habe nur einen Wunsch, nämlich die möglichst baldige Regelung der oberschlesischen Frage. Frankreich wolle ferner, daß die Entscheidung endgültig sei. Deshalb wünsche es eine Verstärkung der Verbandstruppen. Zur Lösung der oberschlesischen Frage könne es mehr oder weniger wirksame Mittel geben.

So wäre es möglich, an Deutschland und Polen vorerst die von den beiden Ländern nicht umstrittenen Gebiete jeweils auszuliefern und sämtliche Verbandstruppen in der strittigen Zone zusammenzuziehen. Nur würde von französischer Seite gefordert werden, daß die vorläufige Befestigung für die endgültige Teilung in keiner Weise entscheidend sein dürfte. Man könnte auch der deutschen Reichsregierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland dem Spruch des Obersten Rates irgendwelche Hindernisse bereiten und sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinreihen lassen sollte, sich vorbehaltlich, am Rhein seine Antwort zu geben.

Schließlich könnte man an die Spitze der Tagesordnung noch die Frage der „Sicherheiten“ stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbandsmächte dann doch noch zur Entsendung von Verstärkungen entschließen, so könnten diese in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten Rat seine Entscheidung treffen zu lassen. Unter solchen Umständen sollte, wie die Agence Havas hervorhebt, wohl eine Verständigung über den zuletzt erwähnten Punkt zustande kommen.

b Paris, 27. Juli.

Briand, der nach mehrtägiger Abwesenheit gestern nach Paris zurückgekehrt ist, soll sofort dem französischen Botschafter in London neue Instruktionen erteilt haben, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Haltung der englischen Regierung Deutschland in der Meinung bestärke, England trete für eine deutschfreundliche Lösung der oberschlesischen Frage ein. Dadurch werde die deutsche Diplomatie in ihrem herausfordernden Verhalten gestützt.

„Petit Journal“ erklärt, wenn England auf dem Standpunkte beharre, daß Truppenverstärkungen für Oberschlesien unnötig seien, müsse es auch die Verantwortung für die kommenden Ereignisse übernehmen. In diesem Falle würde Frankreich nicht nur auf die Entsendung neuer Truppen verzichten, sondern sogar die Möglichkeit ins Auge fassen, die Befestigung in Oberschlesien zu verkleinern oder ganz zurückzuziehen. Indes werde man praktisch kaum zu dieser Schlussfolgerung gelangen, da es andere Grundlagen für ein Einverständnis mit England gebe. Der englisch-italienische Vorschlag, die Truppen auf das Industriegebiet zu konzentrieren, könnte eine solche Grundlage bieten, wenn Sicherheit dafür geboten werde, daß das politische Schicksal des Gebietes genau nach den Ergebnissen der Abstimmung entschieden wird. In dieser Hinsicht setzt das Blatt große Hoffnungen auf die Arbeiten und Ratsschläge der Sachverständigenkommission.

Der „Matin“ greift die englische Regierung und die Person Lloyd Georges heftig an und vertritt nochmals die These, daß schon im Augenblick der Entscheidung in Oberschlesien starke Truppenmassen stehen müßten.

„Journal“ weist darauf hin, daß der Termin des 4. August für den Zusammentritt des Obersten Rats noch der Zustimmung Amerikas, Japans und Italiens bedürfe.

„Petit Parisien“ behauptet, das Dekret des Zusammentritts des Obersten Rats werde endgültig erst festgesetzt werden, sobald die Alliierten sich über die von Frankreich geforderten ergänzenden Sicherungsmaßnahmen geeinigt haben. Willet verteidigt den französischen Standpunkt und sagt:

„Es wäre lächerlich und Englands wenig würdig, wollte man Frankreich Hintergedanken zuschreiben, wenn es die Entsendung von Verstärkungen fordert. Die französische Regierung ist nicht naive genug, darauf zu rechnen, daß eine französische Truppenverstärkung in Oberschlesien ihre Autorität im Rate der Alliierten erhöhen werde, wenn es gelte, die oberschlesische Frage zu regeln. Frankreichs einzige Sorge ist die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Sicherung seiner Soldaten. Die britische öffentliche Meinung wird sicherlich verstehen, daß sich hier eine Frage erhebt, wo das Gefühl sich mit Vernunft vermischt, und daß in dieser Beziehung die französische Nation sehr empfindlich ist. Seit dem Waffenstillstande gibt es keinen Fall, wo Frankreich jemals

Schwierigkeiten gemacht hat, wenn England es für notwendig hielt, ähnliche Maßnahmen zu Lande und zur See zu treffen.“ In einem Londoner Telegramm des „Petit Parisien“ wird gesagt, daß man in offiziellen englischen Kreisen der Ansicht sei, die Beratungen des Obersten Rates würden nur von kurzer Dauer sein. Obwohl die Hoffnung bestehe, daß zwischen dem Quai d'Orsay und dem englischen Auswärtigen Amt in irgendeiner Form schließlich eine Einigung erzielt werde, sei doch seit gestern in der strittigen Frage der Entsendung von Verstärkungen kein Fortschritt zu verzeichnen. Der französische Botschafter de Saint Aulaire werde sich heute zu Lord Curzon begeben, um diesem erneut die Auffassung der französischen Regierung auseinanderzusetzen.

„Vertinag“ warnt Briand, sich von den englischen Argumenten beeinflussen zu lassen; sollte dies geschehen, so werde Frankreichs Bewegungsfreiheit gegenüber England in der Frage der Durchführung des Versailler Vertrages schwer beeinträchtigt werden.

Heute soll die Botschafterkonferenz zusammentreten, um die vielumstrittene Note der drei alliierten Kommissare in Opatowitz zu prüfen.

Keine provisorische Lösung.

Die Sanktionen werden nicht beraten?

London, 27. Juli. (W. T. B.)

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt: Wenn die französische Regierung vor dem Zusammentritt des Obersten Rates neue Truppen nach Oberschlesien entsenden wollte, würde dies die Pariser Beratungen stören. Deshalb hoffe man in London, daß ein solcher Schritt unterbleibe. Ein in französischen Kreisen umlaufendes Gerücht, wonach die gestern erfolgte Rückkehr Sir Harold Stuarts mit einem neuen Vorschlag in Zusammenhang stehe, demzufolge die reinpolnischen bzw. die reinpolnischen Gebiete in Oberschlesien den Deutschen bzw. Polen übergeben werden sollen, sei ungenau. Ein solcher Vorschlag sei wohl einmal von der britischen und italienischen Regierung gemacht, aber von der französischen abgelehnt worden. Es würde keinen Zweck haben, einen solchen Vorschlag jetzt zu erneuern, wo man hoffe, die ganze Frage in der Zusammenkunft des Obersten Rates zu regeln.

„Reuter“ erfährt, daß auf der Tagesordnung des Obersten Rats lediglich die oberschlesische Frage stehen werde.

London, 27. Juli.

Die „Daily News“ meldet, Lloyd George beabsichtige, sechs Wochen Urlaub in Schottland zuzubringen und dann persönlich mit Balfour zur Washingtoner Konferenz zu reisen.

Ein polnisches Aufrührmanifest.

Gewalt gegen eine unerwünschte Entscheidung.

mb Warschau, 26. Juli.

Die polnischen Aufständischen in Oberschlesien erlassen über Sosnowice einen Aufruf, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Unter Hinweis auf das „gefälschte“ Plebiszit, unter maßlosen Angriffen auf Lloyd George und Lobspriechen für Le Rond, „der weit besser informiert ist als die Sachverständigen, die man nach Oberschlesien entsenden will“, schließt der Aufruf: „Wir werden keine Hegemonie Einzelner über eine Bevölkerung dulden, die hart neben sich ihre eigene Regierung hat. Wir erklären feierlich: Sollte der Oberste Rat nicht umgehend unseren Forderungen stattgeben, die dem Ergebnis der Abstimmung entsprechen, so werden wir uns als Staatsangehörige der polnischen Republik und die uns vom Vaterlande klandestinitätlich schneidende Grenze als nicht vorhanden betrachten.“

Der Aufstand in Spanisch-Marokko.

Paris, 27. Juli. (E. E.)

Die Lage in Marokko wurde von dem spanischen Kriegsminister als äußerst bedrohlich bezeichnet. Er erklärte, daß im Laufe der letzten Nacht keine Veränderung eingetreten sei. Die spanischen Linien würden befestigt. Die Stellungen bei Sidi Jbris seien ernstlich bedroht. Die feindlichen Angriffe nehmen an Heftigkeit zu. Man wolle diese am Mittelmeer liegenden Stellungen unter dem Schutze eines Kreuzers räumen, doch müßte dieses Vorhaben wegen der schweren Verluste, die die Truppen dabei erlitten, aufgegeben werden.

Der Kriegsminister erklärte, daß er sich nicht bemühe, die kritische Lage zu verschleiern. Der Aufbruch sei allgemein, und es sei unmöglich zu sagen, ob sich die dortige Truppenabteilung werde retten können. Die Spanier vernichteten ihr ganzes Kriegsmaterial, damit es nicht in die Hände des Feindes falle.

Aus Malaga sind weitere Verstärkungen nach Marokko abgegangen. Die Schiffe „Hesperides“, „Alicante“, „España III“ und „España V“ wurden nach Cadix beordert.

Verkehrspolitik und Erfüllung

Von
Dr. W. S. Edwards.

Die Tatsache, daß die Reichseisenbahnverwaltung bis heute teilweise infolge vertraglicher Beschränkung zugunsten der Verwaltungsstellen der Länder teilweise aus Mangel an eigener Initiative weder eine einheitliche Verkehrspolitik entwickeln konnte, noch die Eisenbahnfinanzen einigermaßen befriedigend geordnet hat, läßt darauf schließen, daß der Tätigkeitsbereich des Reichsverkehrsministeriums noch nicht im genügenden Umfange in das Mindestprogramm deutscher Wirtschaftsreform eingegliedert worden ist. Die verkehrspolitischen Erfahrungen der letzten Jahre beweisen vor allem, daß die entscheidenden Faktoren des Reichs und der Reichswirtschaftsrat den Problemen der Verkehrsorganisation und der Eisenbahnfinanzen bisher noch nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet haben. Gewiß ist es leichter, Tarifierhöhungen zu beschließen, um ein Milliardendefizit zu decken, als den Versuch zu machen, die Tarifierhöhung in bescheidenem Umfange zu halten, indem man die Ausgaben der Betriebsverwaltungen von Grund auf umgestaltet. Wenn die Erfüllung des Ultimatums für Reich und Volk sich unter einigermaßen erträglichen wirtschaftlichen Bedingungen vollziehen soll, wird man sich aber nicht damit begnügen können, nur nach neuen Einnahmen zu suchen, sondern man wird mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit der sorgfältigsten Überprüfung jedes größeren Ausgabepostens eines Reichsministeriums widmen müssen. Mit dem Eisenbahnhaushalt, den das Reichsverkehrsministerium aufstellt, wird der Reparationsauschuß des Reichswirtschaftsrats sich zuerst beschäftigen müssen, weil die Befestigung des Milliardenfehls der größten Betriebsverwaltung des Reichs eine wesentliche Voraussetzung für die anzustrebende Bilanzierung des gesamten Reichsbudgets darstellt.

Jeder Benutzer deutscher Eisenbahnen, sei er Reisender im Fernverkehr, Wochenkarteninhaber, Stückgutversender oder Versender von Wagenladungen, klagt heute über das Mißverhältnis von Leistung zu Entgelt und Betriebsmittelaufwand an Material und Menschenkraft. Es ist interessant, festzustellen, daß der Nachdruck der Beschwerden der Verkehrsinteressenten nicht auf der Tarifierhöhung an sich, sondern auf der ihrem Empfinden nach unzulässigen Tarifierhöhung liegt, die bedingt wird durch den mangelnden Willen der Verwaltung, die Eisenbahnorganisation und die Eisenbahnfinanzpolitik in Einklang zu bringen mit der Wirtschaftslage des Reichs. Jeder Arbeitgeber und jeder Arbeitnehmer, der Gelegenheit hat, die Arbeitsordnung auf den Reichseisenbahnen, insbesondere die völlig ungenügende Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen Angestellten und Arbeiters im Rahmen der sozialpolitisch notwendigen Beschränkung der effektiven Arbeitszeit kennen zu lernen, schüttelt den Kopf über diese Vergeudung von Menschenkraft und Arbeitslohn. Der Düsseldorf-Berichterfasser der „Wossischen Zeitung“ konnte auf Grund sehr genauer Feststellungen rheinischer Verkehrsachverständigen mitteilen, daß sich schätzungsweise das überzählige Personal der Reichseisenbahnen auf rund 200 000 Köpfe und der Kostenaufwand für diese Menschenkraft auf rund 4 Milliarden Papiermark belaufen soll. Eine Verwaltung, bei der derartige Widersprüche gegen die Gesetze der Defonomisierung und Rationalisierung des Betriebes festzustellen sind — wobei dahingestellt bleiben mag, ob die oben angeführten Ziffern etwas zu hoch oder zu niedrig gegriffen sind — treibt eine Finanzpolitik, die jeden Protest dagegen berechtigt erscheinen läßt, ihr vor einer grundlegenden Reform weitere Einnahmen durch Erhöhung der Tarife zuzugestehen.

Wenn die Reichseisenbahnverwaltung jetzt feststellt, daß „zurzeit“ eine neue Tarifierhöhung nicht in Frage kommt, so mag das ein guter Vorfall sein, der heute besteht, sich aber morgen angesichts der Finanznot des Reichs vor der Anforderung des Finanzministers an die Betriebsverwaltungen, den allgemeinen Etat nicht weiter durch Fehlbeträge zu belasten, in nichts auflösen wird. Mit der größten Selbstverständlichkeit von der Welt wird dann erklärt werden, daß die Erfüllung des Ultimatums eine Bilanzierung der Haushalte der Betriebsverwaltungen durch Tarifierhöhungen erfordere, da Zuschüsse aus Reichsmitteln nicht gewährt werden könnten. Wenn diese oder eine ähnliche Erklärung abgegeben wird, steht die Reichsregierung vielleicht unmittelbar vor einem wichtigen Erfüllungstermin. In erster Stunde wird dann ein kleines Gremium, bestehend aus Eisenbahnbeamten und einigen Interessenten aus Handel und Industrie, zusammengerufen, es wird ihm in beweglichen Worten klar zu machen versucht, daß die schrecklichsten Sanktionen dem Reiche drohen, wenn nicht schleunigst eine Tarifierhöhung bewilligt werde — sie wird dann auch bewilligt werden, das politische Parlament wird sein Placet dazu geben und das deutsche Wirtschaftsleben und die deutsche Volkswirtschaft mögen sehen, wie sie dann mit der neuen rohen und schematischen Belastung in Gestalt dieser möglicherweise vermeidlichen Verkehrssteuer fertig werden.

Dieser neue Schlag wird die deutsche Volkswirtschaft aber nicht in ihrem heutigen Zustand treffen, wo wir erst am Anfang der Durchführung eines Erfüllungsprogramms stehen, sondern die Tarifierhöhung wird frühestens in einigen